

Pressemitteilung

24.09.2024

Landtagswahl in Brandenburg

Wolfgang Schroeder: „Das Gebot der Stunde ist ein entschiedenes Handeln durch das Kanzleramt“

„Das Ergebnis der Landtagswahl in Brandenburg ist einerseits eine große Erleichterung, andererseits problematisch“, sagt Wolfgang Schroeder, Politikwissenschaftler und Vorsitzender des Think-Tanks Das Progressive Zentrum in Hinblick auf die Ergebnisse der Wahl am vergangenen Sonntag: „Die politische Mitte wird schwächer, während sich die Ränder und populistischen Parteien verfestigen und die kleinen Parteien der demokratischen Mitte gewissermaßen verschwinden.“

In den drei ostdeutschen Landtagswahlen im September spiegle sich, so Schroeder, die gegenwärtige Transformation des deutschen Parteiensystems wider: „Es gibt keine starken integrationsfähigen Parteien mehr, stattdessen eine Zersplitterung des Parteiensystems, ein Erstarken populistischer Parteien, überdehnte Koalitionsbildungen und eine dramatisch abnehmende Parteibindung. Angesichts der treibenden Kräfte von rechts – aber auch mit Blick auf das Agieren der FDP in der Regierung – ist das Gebot der Stunde ein entschiedenes Handeln durch das Kanzleramt.“

Niedergangsdiskurs ist kein Beitrag zur Problemlösung

Die Landtagswahlergebnisse und Nachwahlbefragungen zeigten noch einmal deutlich, welche Deutungshoheit die AfD mittlerweile gewonnen hat, so Paulina Fröhlich, stellvertretende Geschäftsführerin des Progressiven Zentrums: „Die deutliche Mehrheit der AfD-Wähler:innen schätzt ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut ein (70 Prozent), die Gesamtwirtschaftslage gleichzeitig aber als schlecht (82 Prozent). Diese Diskrepanz ist das Ergebnis eines hartnäckigen wirtschaftspolitischen Abgesangs auf Deutschland, den die AfD auf allen Kanälen verbreitet, der aber nicht der individuellen Situation der Bundesbürger:innen entspricht – auch nicht der der AfD-Wähler:innen.“

Die Erzählung vom drohenden Wohlstandsverlust kombiniert mit einem plakativen Feindbild verfange dabei vor allem in kleinen, schrumpfenden Orten. „Demokrat:innen sollten sich an diesem verängstigenden Niedergangsdiskurs nicht beteiligten, sondern sich um politische Lösungen bemühen – und darum, überhaupt wieder geteilte Kommunikationskanäle mit jenen zu haben, die der AfD-Erzählung folgen.“

Pressekontakt

Maria Menzel-Meyer

Das Progressive Zentrum

Leiterin Strategische Kommunikation

presse@progressives-zentrum.org